

BAföG Antrag GEW Köln

Antrag an die Mitgliederversammlung der GEW Köln am 6.11.2024

Eingebracht durch Philipp Bönninghaus, Stefan Brackertz.

Sozialstaat nicht mit Füßen treten, für humane und solidarische Antworten auf die globalen Herausforderungen unserer Zeit - BaföG für Alle!

Die GEW Köln unterstützt die Forderung eines BaföG für Alle [4] (mind. 1200€ monatlich [3], inflationsangepasst, rückzahlungsfrei, alters-, eltern- und herkunftsunabhängig), setzt sich öffentlichkeitswirksam dafür ein und unterstützt den geplanten BaföG Aktionstag am "International Students Day" (18.11.2024) sowie weitere Aktionen in der Zukunft.

Begründung:

Am 30.10. wurde ein Beschluss des BVerfG zum BaföG veröffentlicht [1]. Dieser hält fest, dass die BaföG-Pauschale im Zeitraum Oktober 2014 und Februar 2015 (WS14/15) mit dem Grundgesetz vereinbar ist [1]. Die Begründung des Beschlusses ist eklatant und bestätigt den Klassencharakter der Hochschulzugangs. Ein zu geringer BaföG-Satz würde unter "sozialstaatlichen Gestaltungsspielraum" fallen, die dadurch möglicherweise verhinderte Absolvierung eines Studium könne nicht der Menschenwürde (Art. 1 GG) widersprechen, denn Studierende sind ja prinzipiell in der Lage durch Selbsthilfe, das bedeutet Erwerbsarbeit, ihre Existenz zu sichern. Wenn aus finanziellen Gründen das Studium abgebrochen werden müsse, verletze das nicht das Recht auf freie Wahl des Berufs und der Ausbildung (Art. 12GG), denn dieses schaffe "keinen Anspruch auf Gewährleistung der (für das Studium) notwendigen materiellen Voraussetzungen". Art. 12. schütze nur vor "staatlichen Maßnahmen", aber eben nicht Ungleichheiten, "die den gesellschaftlichen Verhältnissen geschuldet sind". Die Existenz öffentlicher Bildungseinrichtungen und unzureichender Studienfinanzierung ist nach BVerfG eine Form der "sozialen Durchlässigkeit", weiter lautet es: „Für alle diese wegen der Begrenztheit der staatlichen Mittel untereinander in Konkurrenz stehenden sozialen Bedarfe muss es bei der sozialpolitischen Priorisierungsbefugnis des Gesetzgebers bleiben.“ Daher müsse der Staat bei der bestehenden Bildungsungerechtigkeit nicht aktiv werden.

Das ist skandalös! Es verdeutlicht, dass es nun dringend politische Lösungen braucht, bei denen wir uns keinesfalls auf ein FDP-geführtes Bildungsministerium und Hinterzimmerpolitik verlassen können.

Die staatliche Ausbildungsförderung in der derzeitigen Form verletzt das elementare Grundrecht auf ein Existenz auf eklatante Weise. 77% der Studierenden, die nicht im Elternhaus wohnen, leben trotz Nebenjobs etc. unter der Armutsgrenze (vgl. in der Gesamtbevölkerung: 14%). Tendenz steigend.

Die prekäre soziale Lage von Studierenden ist jedoch kein Versehen. Sie ist politisch gewollt hergestellt und insofern auch veränderbar. Seit jeher geht von studentischen Bewegungen ein emanzipatorisch-revolutionäres Potential aus.

Daran erinnert nicht zuletzt der alljährlich am 17. November gefeierte International Students Day. Bereits 1941 vom International Student Council ins Leben gerufen, gemahnt er an den nur zwei Jahre zuvor stattgefundenen Widerstand tschechischer Studierender gegen die faschistische Besatzung der Prager Karls-Universität [2]. Im Bewusstsein der Bedeutung von Hochschulen als potentiellen Orten der kritischen Weltaneignung, der aufklärerischen Wahrheitsfindung und des gesellschaftlichverantwortlichen Eingreifens für eine humane Zivilisationsentwicklung organisierten die tschechischen Kommiliton:innen ein bis dahin beispielloses Aufbegehren gegen die Pläne der NS-Besatzungsorgane, die Karls-Universität zur „Frontuniversität“ und zum „Ausstrahlungspunkt des deutschen Geistes und der deutschen Leistung für den gesamteuropäischen Südosten“ umzugestalten. Dieser kämpferisch-humanistische Geist strahlte weit über die Landesgrenzen aus, ermutigte die Herausbildung antifaschistischer Widerstandsgruppen im Exil, trug auf diese Weise mit zur Befreiung von Faschismus und Weltkrieg bei und inspirierte nachfolgende Generationen kritisch engagierter Studierender in der ganzen Welt.

Am 17. November 1973 besetzten griechische Studierende Seite an Seite mit Schüler:innen und Arbeiter:innen das Athener Polytechnikum und leiteten so das Ende der von USA und NATO geduldeten Militärdiktatur Papadopoulos‘ ein.

Auch die Studierendenbewegung der 1968er, die weitreichende sozialstaatliche Reformen, eine Wende zur internationalen Entspannungspolitik, die soziale Öffnung der Hochschulen, eine allgemeinwohlorientierte Studienreform und zahllose Mitbestimmungsmöglichkeiten (FSRe, Studierendenparlamente, demokratisch gewählte Selbstverwaltungsgremien) an den Hochschulen durchsetzte, tat dies im Geiste des aufklärerischen Engagements für Frieden, internationale Solidarität, soziale Progression, kulturelle Emanzipation und eine antifaschistische Demokratisierung der gesamten Gesellschaft. In diesem Zusammenhang wurde auch das BAföG als kostendeckende, bedarfsunabhängige, rückzahlungsfreie staatliche Ausbildungsvergütung für alle Studierenden, Auszubildenden und Schüler:innen ab 18 Jahren erkämpft.

Damals wie heute gilt: ein:e Jede:r hat das Recht auf Bildung und ein:e Jede:r ist bedeutsam dafür, durch sinnstiftende, erfreuliche kooperative Lern- und Erkenntnistätigkeit zur Schaffung global menschenwürdiger Lebensbedingungen beizutragen. Fernab von Bulimie-Lernen, blutigen Ellenbogen, kulturellem Normierungsdruck und strukturellen sozialen Bedrängungen braucht es die Möglichkeit des uneingeschränkt-kritischen Studierens, um tatsächliche, humane, solidarische Antworten auf die globalen Herausforderungen unserer Zeit (soziale Ungleichheit, Kriege, Klimakrise, etc.) zu finden. Prekäres Studieren im Hamsterrad kann sich keine Gesellschaft auf Dauer leisten. Was wir uns leisten können, ist ein BAföG für Alle:

1200€ Monatlich und Inflationsangepasst, weil Studierende “geistige Arbeiter” sind, deren Arbeit bedarfsgemäß und förderlich sozial unterlegt sein kann und muss, damit Bildung und Wissenschaft ihr volles Potenzial zur Verbesserung der Welt entfalten.

Rückzahlungsfrei, denn Bildung ist keine Ware. Falls ein Teil des BAföGs nur ein Kredit ist, nötigt es Studierende, das Studium als Investition in die eigene Karriere zu begreifen anstatt als Beitrag zur sinnvollen Entwicklung von Persönlichkeit und Gesellschaft. Ganz im Gegensatz dazu führt auch die Pflicht, Leistungsnachweise vorzulegen, zu einem Fokus auf das "Durchkommen auf einfache Art". Darüber hinaus, jeder ins BAföG investierte Euro ist ein mehrfaches Gewinngeschäft für die Gesellschaft und die Staatskassen, denn dieser kurbelt die Nachfrage an und fördert langfristige Produktivität – statt den von den Vielen kooperativ geschaffenen Reichtum in Offshore-Steuerparadiesen oder spekulativen Kapitalanlagen destruktiv zu horten.

Unbefristet, weil kooperatives und produktives Lernen von Zeit- und Leistungsdruck nur eingeschränkt wird. Weil das neoliberale Dogma von "Fordern und fördern", dass der Mensch von Natur aus faul sei, gründlich widerlegt und zu beenden ist. Sozial abgesicherte Menschen neigen auch dazu, zu arbeiten, da der Mensch durch Arbeit, also die bewusste, kooperative Gestaltung und Aneignung seiner gemeinschaftlichen Lebensbedingungen, sein Menschsein realisiert.

Altersunabhängig, weil Lernen keine Frage des Alters ist. Im Gegenteil ist lebenslanges Lernen bedeutsam für Arbeit und Gesellschaft, sowie als grundlegendes Menschenrecht dringend zu verwirklichen.

Elternunabhängig, weil es um die Förderung allseitiger Emanzipation geht, und dafür die Studienförderung öffentlich statt privat gestaltet sein muss. Studierende aus reichem Elternhaus müssen aus der Abhängigkeit von ihren Eltern entlassen werden, die sich auch ideologisch niederschlägt und zur Reproduktion der Elite beiträgt. Reiche Eltern sollen nicht "ihren", sondern allen Kindern das Studium finanziell ermöglichen, indem sie angemessene Steuern zahlen. Herkunftsunabhängig, weil Bildung eine international kooperative Angelegenheit ist. Wissenschaft kennt keine Grenzen. Angesichts dessen, dass der Reichtum hierzulande auf 500 Jahre Kolonialismus und gewaltsamer Ausbeutung des globalen Südens besteht, ist die Bildungsförderung Studierender aus aller Welt elementares Recht und ein Minimum. Zur Lösung der globalen Probleme, die nunmehr weltweit die Industrienationen geschaffen haben, kann es gar nicht genug internationalen Austausch und Wissensverbreitung sowie -vermehrung geben.

Geld ist genug da! Aus der Geschichte lässt sich lernen.

Anmerkungen: Der Aktionstag am 18.11. wird zeitgleich in mehreren Städten stattfinden. In Köln voraussichtlich vormittags auf dem Albertus-Magnus-Platz vor dem Hauptgebäude der Universität zu Köln stattfinden. Teilnehmen werden studentischen Hochschulgruppen, Fachschaften, "Studis gegen Rechts", vsl. die DGB-Hochschulgruppe und weitere studentische Zusammenhänge.

Der SDS wird bundesweit zu diesem Aktionstag aufrufen. In der Begründung dieses Antrags wurden einige Stellen aus dem Aufruf übernommen.

[1] [Bundesverfassungsgericht - Presse - BAföG-Grundpauschale im Zeitraum Oktober 2014 bis Februar 2015 mit dem Grundgesetz vereinbar](#)

[2] [Geschichtliche Bezüge zur Uni Prag](#)

[3] <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/gewerkschaftstag-will-1200-euro-bafog>

[4] <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/d6-kein-rafoermchen-sondern-eine-reform-der-ausbildungsfoerderung>